

ROHSTOFFE

Regierung lässt in Tiefsee tauchen

Die Bundesregierung will für 18 Millionen Euro die Erforschungslizenz für den Abbau von Edelmetallen im Indischen Ozean erwerben. Das hat Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) beschlossen und die Bundesanstalt für Geowissenschaften mit der Erkundung beauftragt. In dem Lizenzgebiet, das

rund 10 000 Quadratkilometer groß ist, werden hohe Konzentrationen von Bunt- und Edelmetallen und sogenannten Hochtechnologiemetallen etwa für Handys oder Computer vermutet. „Hier geht es um einen milliarden-schweren neuen Markt“, heißt es in dem internen Vermerk der Rösler-Behörde. Unter Meeresforschern und Ökologen ist der Vorstoß in die Lagerstätten der Tiefsee umstritten. Das Ministerium will hingegen sicherstellen, dass deutsche Unternehmen „künftig eine führende Rolle im internationalen Tiefseebergbau“ einnehmen.

ALTERSVORSORGE

Lufthansa will an Betriebsrenten ran

Die Lufthansa steuert auf einen neuen Konflikt mit ihren Beschäftigten zu. Diesmal geht es um die Altersversorgung von mehr als 60 000 Mitarbeitern im Fluggeschäft des Konzerns, aber auch bei Ablegern wie der Catering- oder der Techniksparte. Langjährige Flugbegleiter konnten bisher mit rund 1000 Euro Zusatzrente pro Monat rechnen, Kapitäne sogar mit bis zu 4000 Euro. Die Details sind in einem eigenen Tarifvertrag geregelt. Den will die Geschäftsführung zum 31. Dezember kündigen, um Kosten zu sparen. Stattdessen soll ein neues, abgespecktes Betriebsrenten-Modell erarbeitet werden. Neue Vorschriften zur Rechnungs-

legung und die anhaltende Niedrigzins-Politik der Europäischen Zentralbank hatten dazu geführt, dass die Lufthansa ihre Pensionsrückstellungen in der Bilanz kräftig aufstocken musste. Den Angestellten drohen durch den Plan herbe Einschnitte. Ein Konzernsprecher betont, man wolle in dieser Woche zunächst die Mitarbeiter informieren, die Reform sei nötig, um das System zukunftssicher zu machen. Ein Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat kritisiert den Sparplan und hält ihn für überzogen. Die Lufthansa verdiene im laufenden Geschäft genug, argumentiert er, um die Bezüge in alter Höhe zahlen zu können.



Lufthansa-Piloten



FIRST LIGHT / FIONLINE

LANDWIRTSCHAFT

Tragödie im Schweinestall

Der Fall von über 900 verendeten Schweinen im münsterländischen Vreden wird zum Ärgernis für den Deutschen Bauernverband: Die Tiere waren Ende Juli im Stall eines Schweinemästers erstickt, vermutlich weil die Klimaanlage ausgefallen war. Der Stall gehört ausgerechnet Johannes Röring, einem CDU-Bundestagsabgeordneten und hohen Funktionär des Deutschen Bauernverbandes. Röring ist zudem in der Prüforganisation Qualität und Sicherheit für die Standards der Schweinezucht zuständig. Der Agrarlobbyist will Anfang September die „Initiative Tierwohl“ vorstellen, einen Zusammenschluss von konventionellen Tierzüchtern und Händlern, die für strengere Standards in der Fleischproduktion sorgen wollen. Bauern, die ihre Tiere besser halten und beispielsweise die Bestandsdichte reduzieren, sollen höhere Preise bekommen. Es helfe nicht, wenn die Haltungsbedingungen ein bisschen verbessert würden, sagt dagegen Friedrich Ostendorff, der agrarpolitische Sprecher der Grünen. „Der Vorfall zeigt, dass diese Form der Tierhaltung trotz modernster Technik fatale Folgen für die Tiere hat.“ Wenn es nur noch darum gehe, möglichst viele Tiere möglichst schnell wachsen zu lassen, steige unweigerlich das Risiko. Die Behörden gehen derzeit davon aus, dass erst die Belüftung und dann die Alarmanlage in dem fast luftdicht verschlossenen Stall von Röring ausgefallen war und die Tiere deshalb erstickt waren.

PHILIPP GUELLAND / DDP